



## **Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes 1918**

**Deutsches Reich / Auswärtiges Amt**

**Berlin, 1924**

II. Vorbereitende Schritte zur Einleitung einer neutralen  
Vermittlungsaktion; Oesterreich-Ungarn unternimmt trotz Warnung  
eigenmächtig weitergehende Schritte; Bulgariens Zusammenbruch

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-76957](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-76957)

II

Vorbereitende Schritte  
zur Einleitung einer neutralen Vermittlungsaktion  
Österreich-Ungarn unternimmt trotz Warnung  
eigenmächtig weitergehende Schritte  
Bulgariens Zusammenbruch



**Chronologische Übersicht der Entwicklung  
des österreichisch-ungarischen Friedensvorschlages**

Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes

Berlin, den 19. September 1918

10. August. Meldung des Generals von Cramon wird bekannt, daß Kaiser Karl in kategorischer Form erklärt habe, man müsse noch im Laufe des Jahres 1918 unter allen Umständen Frieden schließen. Falls kein allgemeiner Friede zustande käme, müsse er Sonderfrieden schließen.

14. August. Besprechungen im Großen Hauptquartier.

Anwesend: Seine Majestät, Kronprinz, Reichskanzler, Hindenburg, Ludendorff, Staatssekretär, Plessen, Berg, Marschall.

Politische Konsequenz: Wir sind militärisch außerstande, Kriegswillen des Gegners zu brechen, und sind gezwungen, dieser Kriegslage in der Führung unserer Politik hinfort Rechnung zu tragen. Diplomatisch sollen Fäden betreffend eine Verständigung mit dem Feinde im geeigneten Moment angesponnen werden. Ein solcher Moment böte sich nach dem nächsten Erfolge im Westen. Oberste Heeresleitung führt aus, daß es gelingen werde, auf französischem Boden stehen zu bleiben und dadurch schließlich den Feinden unseren Willen aufzuzwingen.

14. und 15. August. Beratungen im Großen Hauptquartier mit Kaiser Karl und Graf Burian über Möglichkeiten, Frieden herbeizuführen. Graf Burian vertritt die Ansicht:

1. den Schritt möglichst bald zu tun,
2. den Schritt in der Form des direkten Appells an alle kriegführenden Länder zu tun.

Wir vertreten demgegenüber die Ansicht:

1. Es müsse ein günstiger Zeitpunkt dafür abgewartet werden, jetziger Zeitpunkt sei wegen noch ungeklärter militärischer Lage verfrüht. Es sei besser, zu warten, bis Festsetzen in neuer Linie bzw. ein etwaiger militärischer Erfolg Rückschlag bei Gegnern hervorrufe.
2. Bezüglich der Form sei neutrale Vermittlung vorzuziehen.

Burian behält sich vor, seinen Friedensvorschlag genau zu formulieren.

Im Gespräch zwischen beiden Kaisern bemüht sich Seine Majestät, dem Kaiser Karl die Vorteile unserer Methode klar zu machen, und gewinnt den Eindruck, daß Kaiser Karl durch seine Argumente überzeugt ist.

Schlußergebnis: Verhandlungen sollen fortgesetzt werden; dazu wünscht Graf Burian möglichst baldige Reise des Reichskanzlers und Staatssekretärs nach Wien.

21. August. Prinz Hohenlohe überreicht formulierten ersten Entwurf der österreich-ungarischen Note, der grundsätzlich direkten Appell an alle kriegführenden Staaten enthält, zu einer vertraulichen und unverbindlichen Aussprache über die Grundprinzipien eines Friedensschlusses in einen Ort des neutralen Auslandes Delegierte zu entsenden.

25. und 26. August. Es wird hier bekannt, daß Graf Burian am 19. August, d. h. nach den getroffenen Abreden in Spa, hinter unserm Rücken bereits versucht hat, auf die bulgarische und türkische Regierung einen Druck auszuüben, dahingehend, sich mit seinem Vorschlage einverstanden zu erklären. Graf Burian hat dabei nach deren Angaben sogar den Eindruck erweckt, als wenn die deutsche Regierung sich bereits mit seinem Vorschlage einverstanden erklärt hätte. Gleichzeitig hat er von sich aus erklärt, unter allen Umständen in acht bis zehn Tagen mit der Demarche vorzugehen, weil er dadurch die öffentliche Meinung der Welt für uns zu gewinnen hoffe. Bei seinem Schritt hat Graf Burian die mit Graf Czernin getroffene Vereinbarung, an unsere östlichen Bundesgenossen erst immer dann heranzutreten, nachdem Einigung zwischen Berlin und Wien erzielt ist, verlassen.

Gesandter Sofia und Botschafter Pera werden über den tatsächlichen Sachverhalt informiert.

27. August. Nachdem sowohl in mündlichen Verhandlungen mit Prinz Hohenlohe, wie in Anweisungen an Graf Wedel, Graf Burian von unserer Auffassung in Kenntnis gesetzt war, daß wir den von ihm vorgeschlagenen Schritt für unzweckmäßig, dagegen die neutrale Vermittlung zu einem günstigen Zeitpunkt für den einzig richtigen Weg des Vorgehens erachten, übergibt Prinz Hohenlohe eine Notiz, in der Graf Burian erneut seine Argumente zugunsten sofortigen Vorgehens und zugunsten seiner Methode vorbringt, sowie um die unverweilte Ausführung der ihm gegebenen Zusage einer Reise des Herrn Reichskanzlers und des Herrn Staatssekretärs nach Wien zur gemeinsamen Beratung bittet.

28. August. Graf Wedel wird informiert, daß Behauptung des Grafen Burian, wir hätten uns mit seinem Vorschlage einverstanden erklärt, nicht den Tatsachen entspricht. Wir haben lediglich eine Prüfung der österreich-ungarischen Note in Aussicht gestellt und betont, daß wir gegenwärtigen Zeitpunkt für angeregte Demarche bei unseren Feinden für verfrüht halten. Einvernehmen zwischen uns und österreichisch-ungarischer Regierung über *modus procedendi* war somit noch nicht erzielt. Graf Burian hat daher durch Herantreten an türkische und bulgarische Regierung hinter unserm Rücken bewährte Tradition verlassen. Noch größeres Befremden hat Erklärung Ministers hervorgerufen, unter allen Umständen in acht bis zehn Tagen vorgehen zu wollen. Graf Wedel soll hierüber Graf Burian fragen und auf bedenkliche Konsequenzen derartigen Vorgehens hinweisen. Sollte Graf Burian nicht bestimmte Zusicherung geben, derartiges Vorgehen in Zukunft nicht zu wiederholen, soll Graf Wedel als persönliche

Ansicht aussprechen, daß er sich befriedigende Ergebnisse von einem Besuch Reichskanzlers und Staatssekretärs in Wien nicht versprechen könne. Ferner erhielt Graf Wedel Argumente an die Hand, um auf Graf Burian zugunsten der von uns geplanten neutralen Vermittlungsaktion einzuwirken. Diesbezüglich nehmen wir an, daß neutraler Vermittler vor Uebernahme der Mission verlangen würde, von uns über Grundlagen unterrichtet zu werden, auf denen wir zum Friedensschluß bereit sein würden. Diesem Verlangen würden wir unter Voraussetzung entsprechen können, daß auch seitens unserer Gegner eine Mitteilung ihrer Kriegsziele in großen Linien an den Vermittler erfolgt. Auf diese Weise Anbahnung gegenseitigen Meinungsaustausches ohne den Nachteil, daß wir als die Bittenden erscheinen.

30. August. Talaat, der auf Reise nach Berlin in Wien Aufenthalt nimmt, wird gebeten, in Wien für unseren\*) Standpunkt einzutreten.

Prinz Hohenlohe bei Staatssekretär, liest Telegramm Burians vor: Friedensschritt dringlich — unverschiebbar. Burian werde, wenn wir nicht mitmachen, ihn von sich aus unternehmen. Auf neutrale Intervention sei nicht zu rechnen. Staatssekretär entgegnet in dringlicher Form: befremdet über Aktion mit Bulgarien und Türkei hinter unserm Rücken, ferner zugunsten neutraler Vermittlung und späterem Zeitpunkt. Graf Wedel erhält diesbezügliche dringliche Weisung: Ernst der Lage zu berücksichtigen, der für Oesterreich-Ungarn aus Sondervorgehen entstehen könnte.

1. September. Graf Wedel meldet: Kaiser Karl sei treibende Kraft. — Auf Grund gestriger Vorstellungen (Weisung vom 30. August) habe Graf Burian bei Kaiser Karl gerade noch kurzen Aufschub erreicht.

3. bis 5. September. Nachdem auch am 2. September eine geeignete Grundlinie für eine Verständigung mit Graf Burian in der Friedensfrage nicht erzielt worden war, ist Staatssekretär mit Unterstaatssekretär von Stumm persönlich in Wien anwesend (Reichskanzler ist trotz österreich-ungarischer Aufforderung nicht gereist). Auch die eingehenden mündlichen Verhandlungen mit Graf Burian, ferner ein persönlicher Vortrag des Herrn Staatssekretärs vor Seiner Majestät dem Kaiser Karl führten zu keiner Verständigung. Staatssekretär vertrat erneut die deutsche Absicht, die Friedensaktion durch neutrale Vermittlung und zu einem etwas späteren günstigeren Zeitpunkt erfolgen zu lassen (etwa zwei Wochen, bis zur Beendigung der Rückbewegung des deutschen Heeres). Demgegenüber Graf Burian: Sofort und direkt.\*) Trotz scheinbaren gelegentlichen Entgegenkommens des Grafen Burian und Zustimmung von Wekerle und Arz hält am Schluß der dreitägigen Besprechungen Graf Burian an ursprünglichem Standpunkt fest.

7. September. Durch Eingreifen des Generals Cramon im Verein mit Generaloberst von Arz willigt Kaiser Karl in Aufschub der österreich-

\*) Im Original gesperrt.

ungarischen Note und ersucht Generalfeldmarschall von Hindenburg um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wo bzw. in welcher Linie beabsichtigt Oberste Heeresleitung endgültig Widerstand zu leisten?
2. Wann wird diese Linie erreicht sein?
3. Wann ungefähr erscheint der Obersten Heeresleitung die beabsichtigte Anregung zu Besprechungen über Friedensverhandlungen nach der Kriegslage möglich und angezeigt?

Nach Ansicht Kaiser Karls wäre jeder Aufschub für uns eine Schädigung, weil Gegner dadurch Gelegenheit erhalten, sich dauernd zu verstärken.

10. September. Generalfeldmarschall von Hindenburg spricht sich nach persönlicher Rücksprache mit Exzellenz von Hintze im Großen Hauptquartier zu Punkt 3 dahin aus, daß er der Absendung der beabsichtigten Note Oesterreich-Ungarns (d. h. des direkten Appells an alle kriegführenden Länder) nicht zustimmen könne, er halte diesen Schritt für unsere Heere und Völker für verderblich. Dagegen sei er mit Vermittlung einer neutralen Macht zur Herbeiführung einer Aussprache ohne Aufschub\*) einverstanden.

Gleichzeitig erneute Unterredung zwischen Graf Wedel und Graf Burian. Graf Burian erklärt, er sei entschlossen, Friedensnote abzulassen und könne nicht länger zögern. Graf Wedel warnt vor Uebereilung und ersucht dringend, so lange zu warten, bis Resultat unmittelbar bevorstehender Besprechung Staatssekretärs mit Oberster Heeresleitung feststünde. Eindruck: Graf Burian vielleicht unseren Argumenten zugänglich, treibende Kraft Kaiser Karl. Mit Mühe Zusage erreicht, daß Burian Kaiser Karl vorschlagen will, noch einige Tage zu warten. Absendung Note schwerlich zu verhindern, höchstens kurzer Aufschub erreichbar.

Es wird erneut in Erwägung gezogen eine direkte Einwirkung Seiner Majestät des Kaisers auf Kaiser Karl. Seine Majestät der Kaiser steht unter dem Eindruck, daß Kaiser Karl bei letzter Zusammenkunft in Spa sich mit Anregung und Vermittlung neutraler Macht einverstanden erklärt habe.

11. September. Als Ergebnis neuerlicher Besprechungen zwischen Seiner Majestät, Oberster Heeresleitung und Staatssekretär Einverständnis mit sofortiger Einleitung Friedensdemarche bei Königin der Niederlande. Wien soll zum Beitritt bzw. Einverständnis aufgefordert werden, ebenso Sofia und Konstantinopel\*\*).

\*) Im Original gesperrt.

\*\*) Das Telegramm des Staatssekretärs von Hintze aus dem Großen Hauptquartier vom 11. September 1918 (Ankunft 5.55 Uhr nachmittag), auf dem diese Stelle der Aufzeichnung beruht, lautet:

Seine Majestät und Oberste Heeresleitung sind mit sofortiger Einleitung Demarche bei neutraler Macht einverstanden. Bitte Botschafter Wien dies drahten mit Auftrag, es der österreichisch-ungarischen Regierung zu notifizieren und zum Beitritt bzw. Einverständnis aufzufordern, desgleichen Gesandten Sofia und Grafen Bernstorff, Talaat Pascha. Bitte Reichskanzler verständigen. Hintze.

In besonderer Audienz des Generals von Cramon bei Kaiser Karl verhält sich dieser gegen Vermittlung durch neutrale Macht ablehnend und behält sich im übrigen seine Entschlüsse vor, ohne sich bestimmt zu äußern.

Graf Wedel äußert sich skeptisch bezüglich Wirksamkeit eines Allerhöchsten Telegramms, ebenso bezüglich Mitwirkung von Tisza und Wekerle zu unseren Gunsten; er hält wohl kurze Verschiebung der Ausführung, aber nicht Abänderung des Entschlusses für erreichbar.

Auch bulgarische Regierung wird durch Graf Oberndorff, türkische Regierung durch direkte Verhandlung mit Talaat aufgefordert, unsere diplomatische Aktion in Wien zugunsten der neutralen Vermittlung zu unterstützen.

Beide Regierungen sagen Unterstützung zu, geben sich aber keiner Hoffnung auf Erfolg hin.

Graf Wedel meldet nach Kenntnis, daß wir mit sofortiger Friedensdemarche einverstanden sind, daß neutrale Vermittlung nicht zu erreichen, weil man sich in Wien Rolle des Friedensstifters nicht von anderem nehmen lassen will und Kaiser Karl sich von ihr Wiederherstellung entschwundenen Vertrauens zur Krone verspricht, was bei Furcht vor Revolution als höchstes Ziel angesehen wird. Selbst bei Nichtgelingen der Demarche rechne man Vertrauenserfolg, da von Wien ausgehende Note Zustimmung der öffentlichen Meinung finden wird, die von Friedenssehnsucht beherrscht wird, daher Absendung der österreichischen Note sicher. Man würde sich in Wien damit begnügen, uns die Demarche vorher mitgeteilt zu haben und lieber auf unsere Zustimmung verzichten als Ausführung aufgeben.

12. September. Graf Wedel erhält Weisung, Graf Burian sofort aufzusuchen, um ihn nochmals vor seinem Friedensschritt zu warnen und ihm erneut zu erklären, daß Eindruck in Deutschland sein würde: Oesterreich-Ungarn verrät uns. Wir sind außerstande, diesen Eindruck zu verhindern. Graf Wedel soll nochmals zugunsten neutraler Vermittlung sprechen und besonders ausführen, daß, falls diese scheitere, uns alle anderen Wege offen blieben, während bei Einschlagen Burianschen Schrittes kein anderer Weg, besonders nicht Anrufung Neutraler, möglich sei. Deutsche Regierung könne nach österreichisch-ungarischem Schritte nicht erklären, daß sie ihm vorher zugestimmt hätte. Verantwortung für Sperrung der Mediation bleibe bei Graf Burian.

Graf Wedel meldet, daß Burian auf Hinweis der Gefährdung Bündnisses feierlich betont habe, er werde durch bündige Erklärungen jeden Zweifel an Bündnistreue rasch zerstreuen. Etwas später erscheint Kabinettschef Graf Coloredo bei Graf Wedel und teilt mit, daß Graf Burian Friedensnote am Sonnabend, den 14. d. M., loslassen werde. Die Gründe dafür seien uns bekannt, Burian werde darin bestärkt durch Mitteilung Schweizer Gesandten an türkischen Botschafter, wonach Schweiz kürzlich Friedensfühler bei Entente ausgestreckt und von dieser Antwort erhalten habe, daß Mediation neutraler Macht als unfreundlicher Akt betrachtet

werden würde. In demselben Sinne habe sich neuer schwedischer Ministerpräsident geäußert und bezüglich des Zeitpunktes \*) der Aktion habe sich Generalfeldmarschall von Hindenburg ja ausdrücklich mit sofortiger Aktion bereit erklärt. Burian bittet um Einwirken auf unsere Presse, damit keine Mißstimmung hervortritt. Sollte dies trotzdem eintreten, so garantiert er, Zweifel an Oesterreichs Bundestreue innerhalb 24 Stunden zu zerstreuen. Schließlich bat Burian, deutsche Regierung möchte möglichst bald zustimmend auf Note antworten, damit eventuelle Mißdeutung bei Gegnern, als bedeute Aktion einen Separatschritt Oesterreich-Ungarns, von vornherein die Spitze abgebrochen werde. Veröffentlichung der Note sei für Sonntag vormittag beabsichtigt.

Prinz Hohenlohe teilt Staatssekretär schriftlich mit, daß er ein Telegramm Graf Burians erhalten habe mit der Mitteilung, daß Oesterreich-Ungarns Demarche am Sonnabend, den 14. d. M., erfolgen würde.

13. September. (Ankunft des Telegramms 2.50 Min. nachmittags.) Auf erneute Vorstellungen des Grafen Wedel wiederholt Burian seine bekannten Gründe gegen die neutrale Vermittlung und zugunsten seines Programms mit dem Hinzufügen, daß die Würfel bereits gefallen seien. \*) Verantwortung dafür übernehme er allein voll und ganz. Er werde alles tun, um etwaige Zweifel an Bundestreue zu zerstreuen. Wiederholt seine Bitte um rasche deutsche Zustimmung. Er lege allergrößten Wert darauf, auch nur den Schein einer Divergenz zu vermeiden.

General von Cramon erbittet eine weitere Audienz bei Kaiser Karl.

Kaiser Karl bleibt auf seinem Standpunkt: wenn man in Deutschland zu der Ansicht käme, als gedächte Oesterreich-Ungarn nicht länger an der Seite Deutschlands auszuhalten, so sei der Zweifel an seiner Bundestreue nachgerade beleidigend für ihn. Er sei bundestreu gewesen und werde es bleiben. Er hoffe dringend, daß Deutschlands Antwort so ausfallen würde, daß sie verbündeten Mächten nicht zum Schaden gereichen könne. Er habe in loyalster Weise Kaiser Wilhelm von seiner Absicht benachrichtigt und sei fest davon überzeugt, daß die am 14. abgehende Note bei allen kriegführenden Mächten einen günstigen Eindruck hervorrufen würde.

Seine Majestät erhält ein Telegramm vom Kaiser Karl, worin dieser unter Ablehnung der holländischen Vermittlung an der österreichischerseits in Aussicht genommenen Form festhält und um rasche Zustimmung Seiner Majestät bittet. Der österreichisch-ungarische Militärbevollmächtigte telegraphiert zurück an Kaiser Karl, daß Seine Majestät ihn bitten ließe, mit beabsichtigtem Schritt jedenfalls so lange zu warten, bis die Allerhöchste Antwort eintreffe. Dies könne keinesfalls bis 14. vormittags erfolgen, da Seine Majestät zunächst mit Reichskanzler sich in Verbindung setzen müsse.

14. September. Seine Majestät der Kaiser schickt ein Telegramm an Kaiser Karl, worin Bedauern ausgedrückt wird, daß dieser ungeachtet

\*) Im Original gesperrt.

der deutschen Stellungnahme seinen Schritt zur Ausführung bringe. Das Bundesverhältnis bedinge, daß Deutschland und Oesterreich-Ungarn in Fragen von so weitgehender Bedeutung nur in voller Uebereinstimmung vorgehen, andernfalls verliere das Bündnis Inhalt und jede Bedeutung. Unter Hinweis auf die Gefahren des österreichisch-ungarischen Schrittes und unter nochmaliger Anführung der Vorteile der neutralen Vermittlung gibt sich Seine Majestät der bestimmten Hoffnung hin, daß Kaiser Karl in letzter Stunde sich des Ernstes der Lage bewußt werde und seine Regierung anweisen wird, auf die geplante Demarche zu verzichten.

Graf Wedel meldet am Nachmittag, daß Antworttelegramm Kaiser Wilhelms nachmittags im Ministerium des Aeußern noch nicht bekannt war, daß Angelegenheit bereits so weit gediehen sei, daß sie keinesfalls mehr rückgängig gemacht werden könne.

Telephonisch trifft aus Wien nachmittags die Mitteilung ein, daß die Vertreter der Presse bereits zur Empfangnahme von Instruktionen in der Friedensangelegenheit im Ministerium des Aeußern sich versammelten.

Abends wurden die deutsche Presse und Parteiführer vom Staatssekretär persönlich vom österreichisch-ungarischen Schritte in Kenntnis gesetzt.

Etwas später trifft der Wortlaut der österreichisch-ungarischen Note durch die Telegraphenbüros hier ein.\*)

---

\*) Vermerk der Reichskanzlei (in der ersten Auflage Nr. 5) Vom 18. September und von den folgenden Tagen datieren Telegramme, in denen von Versuchen berichtet wird, die gemacht worden sind, um in Verbindung mit dem österreichischen Schritt die Vermittelung einer neutralen Macht herbeizuführen. Nach einem Telegramm vom 29. August war günstige Aufnahme eines solchen Wunsches zu erwarten. Der jetzt eingeleitete Gedankenaustausch zog sich bis in die letzten Septembertage hin, führte aber nicht zum Ziel. Die Veröffentlichung der Aktenstücke hierüber muß, da sie keine einseitig deutsche Angelegenheit ist, späterer Zeit vorbehalten bleiben.

**Österreich-Ungarns Note an alle kriegführenden Mächte**

Wien, den 14. September 1918

Eine objektive gewissenhafte Prüfung der Verhältnisse aller kriegführenden Staaten läßt keinen Zweifel mehr darüber bestehen, daß alle Völker, auf welcher Seite sie auch kämpfen mögen, das baldige Ende des blutigen Kampfes herbeisehnen. Trotz dieses natürlichen und begreiflichen Wunsches nach Frieden ist es bisher nicht gelungen, jene Vorbedingungen zu schaffen, die geeignet wären, die Friedensbestrebungen ihrer Verwirklichung näherzubringen und die Kluft, die die Kriegführenden gegenwärtig noch voneinander trennt, zu überbrücken. Es müssen daher wirksamere Mittel und Wege in Erwägung gezogen werden, durch die den verantwortlichen Faktoren aller Länder Gelegenheit geboten werden könnte, die gegenwärtig vorhandenen Möglichkeiten einer Verständigung zu überprüfen. Der erste Schritt, den Oesterreich-Ungarn einvernehmlich mit seinen Bundesgenossen zur Herbeiführung des Friedens am 12. Dezember 1916 unternommen hat, führte nicht zu dem gehofften Ende. Die Gründe hierfür lagen wohl in den damaligen Verhältnissen. Um die im steten Abnehmen begriffene Kriegslust ihrer Völker aufrechtzuerhalten, hatten die verbündeten Regierungen bis zu jenem Zeitpunkt jede Erörterung des Friedensgedankens mit den strengsten Mitteln unterdrückt, und so kam es, daß der Boden für eine friedliche Verständigung nicht entsprechend vorbereitet war. Es fehlte der natürliche Uebergang von der wildesten Kriegshetze zur Versöhnlichkeit. Es wäre aber verfehlt, zu glauben, daß unser damaliger Friedensschritt dennoch ganz ergebnislos blieb. Seine Früchte bestehen eben in jener nicht zu übersehenden Erscheinung, daß die Friedensfrage seither nicht mehr von der Tagesordnung verschwunden ist. Und wenn auch die vor dem Tribunal der Oeffentlichkeit geführten einschlägigen Diskussionen gleichzeitig Beweise von dem nicht geringen Gegensatze sind, welche die gegeneinander kämpfenden Mächte in ihrer Auffassung über die Friedensbedingungen heute noch trennen, so hat sich doch eine Atmosphäre gebildet, welche die Erörterung des Friedensproblems nicht mehr ausschließt. Ohne übertriebenen Optimismus kann wohl aus den Aeüßerungen verantwortlicher Staatsmänner mindestens soviel konstatiert werden, daß der Wille, zu einer Verständigung zu gelangen und den Krieg nicht ausschließlich durch die Macht der Waffen zur Entscheidung zu bringen, auch bei den alliierten Staaten — bis auf einige gewiß nicht gering einzuschätzende Ausnahmen von verblendeten Kriegshetzern — allmählich doch durchzudringen beginnt. Die K. u. K. Regierung ist sich dessen bewußt, daß nach den tiefgehenden Erschütterungen, die im Leben der Völker durch die verheerenden Wirkungen des Weltkrieges

\*) Neu aufgenommen.

verursacht wurden, die ins Wanken gebrachte Weltordnung nicht mit einem Schlage wird aufgerichtet werden können. Mühsam und langwierig ist der Weg, der zur Herstellung friedlicher Beziehungen zwischen den durch Haß und Erbitterungen getrennten Völkern führt. Doch ist es unsere Pflicht, den Weg der Verhandlungen zu betreten.

Und wenn es auch heute noch solche verantwortlichen Faktoren gibt, die den Gegner militärisch niederringen und ihm den Willen des Siegers aufzwingen wollen, so kann doch kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß dieses Ziel, angenommen, daß es überhaupt erreichbar ist, ein weiteres blutiges und langwieriges Ringen zur Voraussetzung hätte. Die für sämtliche Staaten und Völker Europas verhängnisvollen Folgen einer solchen Politik würde aber auch ein späterer Siegfriede nicht mehr gutmachen können. Nur ein Friede, der die heute noch auseinandergehenden Auffassungen der Gegner in einer gerechten Weise ausgleichen könnte, würde der von allen Völkern ersehnte dauernde Friede sein.

In diesem Bewußtsein und unentwegt bemüht, im Interesse des Friedens tätig zu sein, tritt nun die österreichisch-ungarische Monarchie neuerlich mit einer Anregung hervor, um eine direkte Aussprache zwischen den einander feindlich gegenüberstehenden Mächten herbeizuführen. Der ernste Friedenswille breiter Bevölkerungsschichten aller durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogenen Staaten, die unleugbare Annäherung in einzelnen kontroversen Fragen sowie die allgemein versöhnlichere Atmosphäre scheinen der K. u. K. Regierung eine gewisse Gewähr dafür zu leisten, daß ein im Interesse des Friedens unternommener neuerlicher Schritt, der auch den auf diesem Gebiete gemachten Erfahrungen Rechnung trägt, im gegenwärtigen Augenblicke die Möglichkeit eines Erfolges bieten könnte. Die österreichisch-ungarische Regierung hat daher beschlossen, allen Kriegführenden, Freund und Feind, einen von ihr für gangbar gehaltenen Weg zu weisen und ihnen vorzuschlagen, im freien Gedankenaustausch gemeinsam zu untersuchen, ob jene Voraussetzungen gegeben sind, welche die baldige Einleitung von Friedensverhandlungen als aussichtsvoll erscheinen lassen. Zu diesem Behufe hat die K. u. K. Regierung die Regierungen aller kriegführenden Staaten zu einer vertraulichen und unverbindlichen Aussprache an einem Orte des neutralen Auslandes eingeladen und an sie eine in diesem Sinne verfaßte Note gerichtet. Mit einer Note wurde dieser Schritt zur Kenntnis des Heiligen Stuhles gebracht und hierbei an das dem Frieden zugewendete Interesse des Papstes appelliert. Ferner wurden auch die Regierungen der neutralen Staaten von der Demarche verständigt. Das stets enge Einvernehmen, welches zwischen den vier verbündeten Mächten besteht, bietet die Gewähr dafür, daß die Verbündeten Oesterreich-Ungarns, an welche der Vorschlag gleicherweise ergeht, die in der Note entwickelte Auffassung teilen.

Das Friedensangebot, das die Mächte des Vierbundes am 12. Dezember 1916 an ihre Gegner gerichtet und dessen versöhnliche Grundgedanken sie

niemals aufgegeben haben, bedeutet trotz der Ablehnung, die es erfahren, einen wichtigen Abschnitt in der Geschichte des Krieges.

Zum Unterschiede von den ersten 2½ Kriegsjahren ist von diesem Augenblick an die Frage des Friedens im Mittelpunkt der europäischen, ja der Welt Diskussion gestanden und hat sie seither in immer steigendem Maße beschäftigt und beherrscht.

Der Reihe nach haben fast alle kriegführenden Staaten zur Frage des Friedens, seiner Voraussetzungen und Bedingungen immer wieder das Wort ergriffen. Die Linie der Entwicklung dieser Erörterungen war jedoch keine einheitliche und stetige, die zugrunde liegenden Standpunkte wechselten unter dem Einfluß der militärischen und politischen Lage, und zu einem greifbaren, praktisch verwertbaren allgemeinen Ergebnis hat sie (sc. die Linie) wenigstens bisher nicht geführt.

Immerhin kann unabhängig von allen diesen Schwankungen festgestellt werden, daß der Abstand der beiderseitigen Auffassungen sich im großen und ganzen etwas verringerte, daß sich trotz des unleugbaren Fortbestehens entschiedener, bisher nicht überbrückter Gegensätze eine teilweise Abkehr von manchem der extremsten konkreten Kriegsziele zeigt und eine gewisse Uebereinstimmung betreffs der allgemeinen Grundprinzipien des Weltfriedens manifestiert.

In beiden Lagern ist in breiten Bevölkerungsschichten ein Anwachsen des Friedens- und Verständigungswillens unzweifelhaft wahrzunehmen. Auch ein Vergleich der seinerzeitigen Aufnahme des Friedensvorschlages der Vierbundmächte bei ihren Gegnern mit späteren Äußerungen von verantwortlichen Staatsmännern der letzteren, wie auch von nichtverantwortlichen, aber politisch keineswegs einflußlosen Persönlichkeiten bestätigt diesen Eindruck. Während beispielsweise noch in der Antwort der Alliierten an Präsident Wilson Forderungen erhoben wurden, die auf eine Zerstückelung Oesterreich-Ungarns, auf eine Verkleinerung und tiefgehende innere Umgestaltung des Deutschen Reiches und auf die Vernichtung des europäischen Besitzstandes der Türkei hinausliefen, wurden späterhin diese Forderungen, deren Verwirklichung einen überwältigenden Sieg zur Voraussetzung hätte, in manchen Erklärungen amtlicher Stellen der Entente modifiziert oder zum Teil fallen gelassen.

So erkannte in einer vor etwa einem Jahre im englischen Unterhause abgegebenen Erklärung Mr. Balfour ausdrücklich an, daß Oesterreich-Ungarn seine inneren Probleme selbst lösen müsse, und daß niemand von außen her Deutschland eine Verfassung auferlegen könne. Mr. Lloyd George erklärte zu Beginn dieses Jahres, daß es nicht zu den Kampfzielen der Alliierten gehöre, Oesterreich-Ungarn zu zerteilen, das Ottomanische Reich seiner türkischen Provinzen zu berauben und Deutschland im Innern zu reformieren. Als symptomatisch kann auch gelten, daß Mr. Balfour im Dezember 1917 kategorisch die Annahme zurückwies, die englische Politik hätte sich jemals für die Schaffung eines selbständigen Staates aus den linksrheinischen Gebieten Deutschlands engagiert.

Die Enunziationen der Mittelmächte lassen keinen Zweifel darüber, daß sie nur einen Verteidigungskampf um die Unversehrtheit und Sicherheit ihrer Gebiete führen.

Weit ausgesprochener als auf dem Gebiete der konkreten Kriegsziele ist die Annäherung der Auffassungen hinsichtlich jener Richtlinien gediehen, auf deren Grundlage der Friede geschlossen und die künftige Ordnung Europas und der Welt aufgebaut werden soll.

Präsident Wilson hat in dieser Richtung in seinen Reden vom 12. Februar d. J. Grundsätze formuliert, die bei seinen Alliierten nicht auf Widerspruch gestoßen sind und deren weitgehende Anwendung auch auf Seiten der Vierbundmächte keinem Einwande begegnen dürfte, vorausgesetzt, daß diese Anwendung allgemein und mit den Lebensinteressen der betreffenden Staaten vereinbar sei. Allerdings ist zu bedenken, daß eine Uebereinstimmung in den allgemeinen Grundsätzen nicht genügt, sondern es sich weiter darum handelt, über ihre Auslegung und über ihre Anwendung auf die einzelnen konkreten Kriegs- und Friedensfragen einig zu werden. Für einen unbefangenen Beobachter kann kein Zweifel darüber bestehen, daß in allen kriegführenden Staaten ohne Ausnahme der Wunsch nach einem Frieden der Verständigung gewaltig verstärkt ist, daß sich immer mehr die Auffassung Bahn bricht, eine weitere Fortsetzung des blutigen Ringens müsse Europa in eine Trümmerstätte verwandeln und in einen Zustand der Erschöpfung versetzen, der seine Entwicklung auf Jahrzehnte hinaus lähmt, ohne daß eine Gewähr dafür bestände, durch sie jene Entscheidung durch die Waffen herbeizuführen, die von beiden Seiten in vier Jahren voll ungeheurer Opfer, Leiden und Anstrengungen vergeblich angestrebt wurde.

Auf welchem Wege und auf welche Weise kann aber eine Verständigung angebahnt und schließlich erzielt werden? Besteht irgendeine ernste Aussicht, durch die Fortführung der Diskussion über das Friedensproblem in der bisherigen Art zu diesem Ziele zu gelangen? Letztere Frage haben wir nicht den Mut zu bejahen. Die Diskussion von einer öffentlichen Tribüne zur anderen, wie sie bisher zwischen den Staatsmännern der verschiedenen Länder stattgefunden hat, war eigentlich nur eine Serie von Monologen.

Es fehlte ihr vor allem die Unmittelbarkeit. Rede und Gegenrede griffen nicht ineinander ein, Sprecher sprachen aneinander vorbei. Andererseits war es die Öffentlichkeit und der Boden dieser Auseinandersetzungen, die ihnen die Möglichkeit eines fruchtbaren Fortschreitens raubten. Bei allen öffentlichen Kundgebungen dieser Art wird eine Form der Beredsamkeit angewendet, die mit der Wirkung auf große Distanz und auf die Massen rechnet. Damit vergrößert man aber — bewußt oder unbewußt — den Abstand von der gegnerischen Auffassung, erzeugt Mißverständnisse, die Wurzel fassen und nicht beseitigt werden, und erschwert den freimütigen, einfachen Gedankenaustausch. Jede Kundgebung der führenden Staatsmänner wird, sowie sie stattgefunden hat und auch ehe die zuständigen Stellen der Gegenseite darauf erwidern können, zum

Gegenstände einer leidenschaftlichen oder übertreibenden Besprechung unverantwortlicher Elemente. Aber auch die verantwortlichen Staatsmänner selbst veranlaßt die Besorgnis, die Interessen der Kriegführung durch ungünstige Beeinflussung der Stimmung in der Heimat zu gefährden und die eigenen letzten Absichten vorzeitig zu verraten, zum Anschlagen hoher Töne und zum starren Festhalten an extremen Standpunkten.

Soll also der Versuch unternommen werden, zu prüfen, ob für eine Verständigung, die die Katastrophe einer selbstmörderischen Fortsetzung des Kampfes von Europa abzuwenden geeignet ist, die Grundlagen gegeben sind, so wäre jedenfalls eine andere Methode zu wählen, die eine unmittelbare mündliche Erörterung zwischen den Vertretern der Regierungen und nur zwischen ihnen ermöglicht.

Den Gegenstand einer solchen Erörterung und gegenseitigen Beleuchtung hätten ebenso die gegensätzlichen Auffassungen der einzelnen kriegführenden Staaten zu bilden, wie auch die allgemeinen Prinzipien, die dem Frieden und dem künftigen Verhältnis der Staaten zueinander als Basis dienen sollen und über die zunächst eine Einigung mit Aussicht auf Erfolg versucht werden kann. Sobald eine Einigung über die Grundprinzipien erreicht wäre, müßte man im Verlauf der Besprechungen versuchen, sie auf die einzelnen Friedensfragen konkret anzuwenden und damit deren Lösung herbeizuführen.

Wir möchten hoffen, daß auf seiten keines der Kriegführenden ein Bedenken gegen einen solchen Gedankenaustausch vorliegen werde. Die Kriegshandlungen erführen keine Unterbrechung, die Besprechungen gingen auch nur so weit, als sie von den Teilnehmern für aussichtbietend gehalten würden. Für die vertretenen Staaten könnten daraus keine Nachteile erwachsen; weit entfernt zu schaden, müßte ein solcher Gedankenaustausch für die Sache des Friedens nur von Nutzen sein. Was das erstemal nicht gelingt, kann wiederholt werden und hat vielleicht mindestens schon zur Klärung der Auffassungen beigetragen.

Berge von alten Mißverständnissen ließen sich wegräumen, viele neue Erkenntnisse zum Durchbruch bringen, Ströme von zurückgehaltener Menschenfreundlichkeit würden sich lösen, in deren Wärme alles Wesentliche bestehen bliebe, dagegen manches Gegensätzliche verschwinden würde, dem heute noch eine übermäßige Bedeutung beigemessen wird.

Nach unserer Ueberzeugung sind alle Kriegführenden es der Menschheit schuldig, gemeinsam zu untersuchen, ob es nicht jetzt, nach so vielen Jahren eines opfervollen, jedoch unentschiedenen Kampfes, dessen ganzer Verlauf auf Verständigung weist, möglich ist, dem schrecklichen Ringen ein Ende zu machen.

Die K. u. K. Regierung möchte daher den Regierungen aller kriegführenden Staaten vorschlagen, zu einer vertraulichen und unverbindlichen Aussprache über die Grundprinzipien eines Friedensschlusses in einem Ort des neutralen Auslandes und zu einem nahen Zeitpunkte, worüber man

noch Vereinbarungen zu treffen hätte, Delegierte zu entsenden, die beauftragt wären, die Auffassung ihrer Regierungen über jene Prinzipien einander bekanntzugeben, analoge Mitteilungen entgegenzunehmen, sowie offene und freimütige Aufklärungen über alle jene Punkte, die einer Präzisierung bedürfen, zu erbitten und zu erteilen.

Die K. u. K. Regierung beehrt sich, die Regierung von . . . durch die geneigte Vermittlung Eurer Exzellenz zu bitten, diese Mitteilung zur Kenntnis der Regierung von . . . bringen zu wollen.

**Der Vertreter des Auswärtigen Amtes  
im Grossen Hauptquartier Legationsrat Freiherr von Lersner  
an das Auswärtige Amt**

Telegramm

Abgegangen: 12 Uhr 10 vorm. — Angekommen: 12 Uhr 50 vorm.

Großes Hauptquartier, den 26. September 1918

Dringend

Heute nacht ließ mich General Ludendorff rufen, um mir mitzuteilen, General von Cramon habe gedrahtet, daß Bulgarien nach Wiener Meldungen einen sofortigen Sonderfrieden abschließen wolle. Bei Bekanntgabe dieser Absicht seien in Sofia wüste Schmähreden gegen Deutschland gehalten, das seinen Bundesgenossen im Stich gelassen habe. Falls diese Nachricht sich bewahrheitet, wolle Oesterreich sich mit Rumänien verständigen.

General Ludendorff tritt dieser Auffassung bei und bittet Euere Exzellenz, weiteres wegen Rumänien zu veranlassen.

Ich habe dringendst darauf hingewiesen, nichts zu übereilen und vor absolut sicherer Nachricht nicht für unsern Feind Rumänien unsern bulgarischen Bundesgenossen preiszugeben.

Der österreichisch-ungarische Militärbevollmächtigte, Feldmarschall Baron Klepsch, der bei der Besprechung anwesend war, hat mit mir folgendes Telegramm an seine Heeresleitung aufgesetzt und abgesandt:

„General Cramons Mitteilung von der Absicht Bulgariens, einen Sonderfrieden zu schließen, hat die Oberste Heeresleitung veranlaßt, trotz allem Ernst der Lage an allen Fronten 5 Divisionen zu entsenden, welche größtenteils bei Nisch aufmarschieren werden.

In Anbetracht der hohen Tragweite der Lage bittet die Oberste Heeresleitung, daß auch österreich-ungarischerseits außer den zwei bestimmten mindestens noch eine Division nach Bulgarien bestimmt werden, da es sich um den gesicherten Schutz der Verbindung mit Rumänien und der Türkei handelt. Außerdem ist die Oberste Heeresleitung der Ansicht, daß man sich mit Rumänien verständigen könnte, falls zunächst zweifellos festgestellt wäre in Berlin und Wien, daß Bulgarien tatsächlich einen ‚Separatfrieden‘ schließt.“

General Ludendorff sagte mir, daß die bulgarische Armee sich anscheinend völlig aufgelöst habe. Er würde bei Nisch mit starken Kräften aufmarschieren und Anschluß nach Westen an General von Pflanzer suchen. Ihm komme es vor allem darauf an, die Kupfergrube Bor und die rumänische Gelausfuhr für uns zu retten, die eine Lebensbedingung für uns sei.

Ich darf im Namen der Obersten Heeresleitung gehorsamst bitten, Legationsrat Horstmann zur schärfsten Aufmerksamkeit in Rumänien zu veranlassen, da rumänische Unruhen in unserm Rücken katastrophal wirken würden.

Ob die von der Ukraine über Konstantinopel nach Bulgarien dirigierte deutsche Division noch in Bulgarien rechtzeitig eingreifen kann, erscheint fraglich. Immerhin ist sie für den Schutz Konstantinopels von größtem Wert.

gez. L e r s n e r

Nr. 7

**Der Vertreter des Auswärtigen Amtes  
im Grossen Hauptquartier Legationsrat Freiherr von Lersner  
an das Auswärtige Amt**

Telegramm

Angekommen: 1 Uhr nachm.

Großes Hauptquartier, den 27. September 1918

Heute, Donnerstag früh, habe ich an Grafen Oberndorff gedrahtet:

„Falls Euer Hochgeboren der Ansicht sind, daß deutsche Truppen nach Sofia gelegt werden müssen, erbitte ich gehorsamst Drahtnachricht.“

Hierauf hat mir Graf Oberndorff geantwortet:

„Dringendst empfehle ich aus politischen Gründen schleunigst deutsche Truppen nach Sofia und Umgebung zu entsenden.“

Das Einverständnis Euerer Exzellenz voraussetzend, habe ich General Ludendorff hierauf veranlaßt, folgendes Telegramm an Oberbefehlshaber General von Scholtz zu senden:

„Anwesenheit deutscher Truppen in Sofia kann Lage in Bulgarien retten. Ich habe deshalb Befehl gegeben, sämtliche durch Sofia fahrende deutsche Truppen daselbst auszuladen und an Straße Sofia-Pirot, hart westlich Sofia, zu versammeln. Offiziell dienen diese Truppen als Rückhalt für die weichende bulgarische Armee, tatsächlich sollen sie den König gegenüber seiner Regierung schützen. Zur Führung der Truppen bitte ich Euerer Exzellenz, sofort den tatkräftigsten deutschen General zur Uebernahme des Kommandos nach Sofia zu entsenden. Er hätte sich sogleich mit der deutschen Gesandtschaft in Verbindung zu setzen.“

Ich habe von mir aus an Grafen Oberndorff hinzugefügt: „Voraussichtlich treffen die deutschen Truppen Freitag, den 27. abends, oder Sonnabend, den 28., Sofia ein. Sie werden vorläufig aus zwei Infanterie-Bataillonen, vier Batterien und etwas Kavallerie bestehen. Hier in Spa sieht man die Lage durchaus hoffnungsfreudig an und hofft bestimmt, die bulgarische Katastrophe zu verhindern.“

Euer Hochgeboren darf ich ergebenst anheimstellen, General Gantschew nach Euer Hochgeboren Gutdünken von vorstehendem Kenntnis zu geben.“

General Ludendorff bittet Euer Exzellenz, dem Grafen Oberndorff nunmehr weitere Weisungen zukommen zu lassen und dem Oberst von Massow Kenntnis zu geben.

gez. Lersner

Nr. 8

***Der Kaiserliche Militärbevollmächtigte in Bulgarien  
Oberstleutnant von Massow an das Auswärtige Amt***

Telegramm

Abgegangen: 6 Uhr 45 nachm. — Angekommen: 8 Uhr 25 nachm.

Oberkommando Scholtz, den 29. September 1918

Werde mit General Michael Sawow morgen Sonntag Sofia eintreffen. Er ist bereits in Fühlung mit dem König und sieht mit Zuversicht seiner nächsten Aufgabe entgegen, die Regierung zu stürzen und das Heer zu ordnen. Willisen wird mit uns bis Jagodina reisen.

Massow

Nr. 9

**Der Kaiserliche Gesandte in Sofia Graf Oberndorff  
an das Auswärtige Amt**

Telegramm.

Abgegangen: 8 Uhr vorm. — Angekommen: 8 Uhr 28 vorm.

Sofia, den 30. September 1918

Bulgarische Regierung hat eben von Ljaptschew telegraphische Mitteilung aus Saloniki erhalten, daß Waffenstillstand unterzeichnet. Sie hat Mitteilung der Bedingungen verlangt.

gez. Oberndorff

Nr. 9a\*)

**Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Hintze  
an den Vertreter des Auswärtigen Amtes  
im Grossen Hauptquartier Legationsrat Freiherrn von Lersner**

Telegramm (Auszug)  
Abgegangen: 2. 10., 9,30 vorm.

Berlin, den 1. Oktober 1918

Dringend

Nach den letzten Nachrichten aus Bulgarien müssen wir das Spiel dort verloren geben. Vom politischen Standpunkt haben wir daher an der Belassung oder gar Verstärkung unserer dortigen Truppen kein Interesse mehr. Im Gegenteil wäre politisch eine baldige Räumung des eigentlichen Bulgarien erwünscht, schon um die bulgarische Regierung nicht auf die feindliche Seite zu drängen pp.

gez. Hintze

---

\*) Neu aufgenommen.

Nr. 10

*Der Vertreter des Auswärtigen Amtes  
im Grossen Hauptquartier Legationsrat Freiherr von Lersner  
an das Auswärtige Amt*

Telegramm

Abgegangen: 2. 10. 1918. — Angek.: 2. 10., 9 Uhr 10 nachm.

Großes Hauptquartier, den 2. Oktober 1918

Oberste Heeresleitung hat, nachdem ich Euer Exzellenz Telegramm bei General Ludendorff verwertet habe, an Heeresgruppe Scholtz gedrahtet:

„Soweit Lage hier zu übersehen, muß auf jede Hoffnung, Bulgarien politisch noch weiter an unserer Seite zu halten, verzichtet werden. Die in Altbulgarien befindlichen deutschen Truppen sind daher nunmehr nach rein militärischen Gesichtspunkten zu verwenden. In den Vordergrund tritt hierbei, der Entente den Weg über Sofia an die Donaulinie möglichst lange zu sperren. Bahnzerstörungen zunächst nur auf serbischem Gebiet, auf bulgarischem nur vor unmittelbarem Anmarsch von Ententetruppen. Der Anschluß unserer Kräftegruppe bei Sofia an unsere Versammlung bei Nisch muß gesichert bleiben. Gewaltmaßregeln gegen Bulgarien müssen aus politischen Gründen vermieden werden. Massow ist zu verständigen.“

Stelle gehorsamst anheim, Graf Oberndorff Kenntnis zu geben, damit keine Unklarheit entsteht.

gez. Lersner